

ANTWORT

AUF AKTUELLE FRAGEN

Was bedeuten Bonns Schubladengesetze für die Bauern?

Das gegenwärtige staatsmonopolistische Zwangssystem gegenüber der Landwirtschaft in Westdeutschland entspricht im Wesen bereits der Politik und Praxis des faschistischen

Reichsnährstandes und soll mit der Notstandsgesetzgebung weiter perfektioniert werden. Das geschieht unter dem Aushängeschild der sogenannten „formierten Gesellschaft“.

Formierte Herrschaft über Arbeiter und Bauern

Genosse Walter Ulbricht sagte dazu in seiner Rede auf dem IX. Deutschen Bauernkongreß: „Die von der CDU und ihrer Regierung in Bonn verkündete formierte Gesellschaft ist nichts anderes als die formierte Herrschaft der Großbanken und der großen Industriemonopole über die Werktätigen, über die Arbeiter und über die Bauern. Viele Gesetze, die die Landwirtschaft betreffen, sind ähnlich uniformiert wie die Nazigesetze des Reichsnährstandes es waren ... Anstatt des Bündnisses der Arbeiter mit den Bauern und allen übrigen Schichten der werktätigen Bevölkerung entstand in Westdeutschland der Bund der gro-

ßen Konzerne und Banken mit dem Machtapparat des Staates und den Spitzen der agrarkapitalistischen Bauernverbände. Dieses System des staatsmonopolistischen Kapitalismus hat wie in der Nazizeit das Kommando über alle Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion, der Preisgestaltung, des Absatzes, des Kreditwesens usw. übernommen. Die westdeutschen Bauern haben keinen Einfluß auf die Leitung des Staates und der Wirtschaft. Sie dürfen nur alle vier Jahre einmal einen Stimmzettel in die Wahlurne werfen.“ Diese sogenannte „formierte Gesellschaft“ ist also keinesfalls nur „Philosophie“, son-

dern beinhaltet ein umfassendes Programm, mit dessen Verwirklichung bereits begonnen wurde und das in der Richtung zielt, aus der „formierten Gesellschaft“ die gleichgeschaltete uniformierte Gesellschaft zu machen, die es schon einmal in Deutschland gab und die auch etwa eine Million Bauern und Hoferben ins Massengrab brachte.

Auf der Pressekonferenz des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wies Genosse Professor Albert Norden exakt nach, daß der deutsche Imperialismus zum drittenmal in diesem Jahrhundert Anlauf nimmt, um seine Politik der Vorherrschaft über Westeuropa, der Eroberung gegenüber Osteuropa und des Neokolonialismus durchzusetzen. Die Landwirtschaft und die westdeutschen Bauern sind von dieser gefährlichen Politik und Praxis nicht ausgeklammert.

Seit dem Eintritt Westdeutschlands in die NATO haben Bundestag und Regierung im Auftrag des aggressiven Finanzkapitals einen nahezu geschlossenen Komplex von Gesetzen und Verordnungen erlassen, um die Landwirtschaft fest in ihre Expansions- und Aggressionspläne einzugliedern. Im Dezember 1956 wurden das „Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung (Schutzbereichsge-